



Hamburgs-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Nr. 51

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend.
Abonnementspreis M. 1,50 pro Quartal.
Redaktion und Expedition: Hamburg 25,
Claus-Groth-Strasse 1. Fernspr. 5, 8246.

Hamburg, den 18. Dezember 1915

Anzeigen kosten die fünfgespaltene Non-
pareillezeile oder deren Raum 50 Pfg. (Der
Betrag ist stets vorher einzufenden).
Verbandsanzeigen kosten 25 Pfg. die Zeile.

29. Jahrg.

Zum Ablauf unseres Tarifvertrages.

Am 15. Februar, in weniger als zwei Monaten also, läuft der im Jahre 1913 nach einem langen und erbitterten Kampfe abgeschlossene zweite Reichstarifvertrag im Malergewerbe ab. Auch das Vertragsverhältnis mit dem Bund deutscher Dekorationsmaler ist zu gleicher Zeit beendet. So müssen wir diesmal unsere Tarifverhandlungen inmitten schwerer Kriegszeit führen. Denn wir können leider nicht hoffen, daß etwa schon in den nächsten Monaten der allgemein ersehnte Frieden Einkehr hält.

Diese außergewöhnliche Situation muß von den Organisationen der Arbeitgeber und Gehilfen berücksichtigt werden, wollen sie dem Vorwurf begehen, daß Kurzsichtigkeit und Eigennutz die Triebfedern ihres Handelns sind. Märe der Geist der Gutmütigkeit und aufopferungsfrohen Hingabe, der in den ersten Wochen des Krieges alle Kreise des Volkes zu gemeinsamem Wirken zusammenführte, auch heute noch ebenso lebendig, so würde es leicht zu einer Verständigung über ein neues Tarifverhältnis kommen. Dann würde keine Partei zögern, unter Verzicht auf den Ausstrag besonderer prinzipieller Streitfragen in dieser schicksalsschweren Zeit dem Gegner das zuzugestehen, was zum Ausgleich der schweren materiellen Opfer nötig ist, die jetzt allgemein, vorwiegend aber von den ärmeren Volksteilen gebracht werden müssen.

Doch je länger der Krieg dauert, desto mehr verschlechtert sich schon der Geist der Gutmütigkeit. Die freudige Bereitwilligkeit zu gemeinsamem Wirken im Interesse der Gesamtheit und aller Glieder des einzelnen Berufes ist stark abgeklaut. Es bedarf jetzt vieler Bemühungen, um zu erreichen, was in den ersten Kriegswochen ohne Zögern geschah, und die schlimmen Zeichen schänder Gewinnsucht, die besonders bei der Versorgung des Volkes mit Lebensmitteln kraft hervorgetreten sind, lassen erkennen, wie wenig oft selbst in der Zeit des Kriegszustandes Rücksicht von denen geübt wird, die in der Lage sind, gestützt auf die ihnen gerade günstige Situation, dem wirtschaftlichen Gegner besondere Vorteile abzutrotzen oder gerechte Zugeständnisse abzuschlagen.

Daß die Arbeiterschaft des Malergewerbes schwer unter den wirtschaftlichen Folgen des Krieges leidet, braucht hier nicht noch besonders dargelegt zu werden. Ihre Lohnverhältnisse sind ganz unzulänglich, weit schlechter sogar als in vielen andern Berufen, vor allem auch des Baugewerbes. Besonders der Saisoncharakter, die unständigen Arbeitsverhältnisse und der fortgesetzte Zustrom ungeleiteter, lohnbedürftiger Arbeitskräfte lasten stark auf den Existenzverhältnissen unserer Kollegen, ohne daß diese, unter dem Zwange handwerksmäßiger Betriebsverhältnisse stehend, mit dem erforderlichen Erfolg dagegen ankämpfen können. Gewiß haben auch sie mit Hilfe ihrer Organisation die Entwicklung vorwärtsgetrieben. Es würde heute noch viel schlimmer um ihre Lage bestellt sein, wenn sie ihre Arbeitgeber im Laufe der Zeit nicht zu allerlei Zugeständnissen durch friedliche Verhandlungen, durch unvermeidlichen Kampf und selbst bei Aussperrungen der Gehilfenschaft gedrängt hätten. Die erhebliche Verteuerung der Lebenslage der Arbeiter und die nachteiligen Wirkungen der abnehmenden Arbeitsgelegenheit für verhältnismäßig große Arbeiterschichten konnten aber trotz alledem nicht ausgeglichen werden.

So mußte denn gerade hier der Krieg besonders schwere Folgen haben. Trotzdem sahen wir davon ab, noch während der Tarifdauer eine besondere Lohnerhöhung — eine Teuerungszulage — zu fordern, so durchaus nötig und vereinbar eine solche mit dem bestehenden Tarifverhältnis auch gewesen wäre. Wir setzten voraus, daß sie von unsern Arbeitgebern ohne weiteres zurückgewiesen würde und berücksichtigten, daß auch von ihnen mancher unter den gegebenen Verhältnissen leide. Doch im Laufe der Zeit können nicht nur die Arbeitgeber, sondern müssen auch unsere Kollegen eine Berücksichtigung ihrer Lage fordern. Wohl stehen sie jetzt zu Tausenden unter den Waffen; andere haben sich teils besser, teils schlechter entlohnte Beschäftigung in der Kriegsindustrie, als Heimarbeiter, bei der Post, der Straßenbahn und in den verschie-

densten andern Betrieben mehr gesucht. Die aber im Berufe tätig sind und auch weiter gebraucht werden und die andern, wenn sie wieder zurückkehren, müssen so entlohnt werden, daß sie und ihre Familien existenzfähig bleiben. Das erfordert die einfachste Menschenpflicht und das Interesse der Allgemeinheit.

Die durch den Tarifablauf notwendig werdenden Verhandlungen bieten Gelegenheit, die herrschenden Zustände unseres Berufes eingehend zu erörtern. Wir wollen hoffen, daß dies recht sachlich und mit der nötigen Gründlichkeit geschieht. Die Gehilfenorganisationen sind sich darüber einig, daß sie, den gegebenen Verhältnissen Rechnung tragend, nur eine friedliche Verständigung ins Auge fassen können. Es wird sich deshalb zeigen müssen, ob dies die Arbeitgeber nicht etwa zu ihrem Vorteil verwerten und darum den gerechten Ansprüchen der Arbeiter entgegenstehen. Kein Zweifel, die gegenwärtige Situation wird von ihnen viel Augenmaß für die Größe des Notstandes der Gehilfenschaft erfordern.

Wir kennen die Meinungen unserer maßgebenden Arbeitgeber über den kommenden Tarifablauf nicht. Nur sozial wurde festgestellt, daß einige unserer brillanten Organisationen, die kürzlich um Teuerungszulagen ersuchten, mit einer einzigen Ausnahme abgewiesen wurden, meist mit dem Hinweis auf den noch laufenden Tarifvertrag. Daß man vor Ausbruch des Krieges — seitdem hat man beiderseits prinzipielle und taktische Erörterungen und Polemiken fast völlig eingestellt — in gewissen Arbeitgeberkreisen den Tarifgedanken lebhaft bekämpfte, ist ebenfalls bekannt. Man hat auch verschiedentlich die Tatsache, daß in Rheinland und Westfalen, wo zunächst und insbesondere wegen des über uns hereingebrochenen Kriegszustandes kein Tarifverhältnis mehr besteht, gegen die Notwendigkeit, ein solches allgemein auch ferner einzugehen, ins Feld führen wollen. Unerwartet sind die Tarifstreitigkeiten, die während der ersten Reichstarifperiode, von gewissen Arbeitgebern entfacht, so unglücklich viel Tarifverbrochenheit erzeugten, während der jetzigen Vertragsdauer ganz wesentlich zurückgegangen, so daß wohl bei den kommenden Verhandlungen eine ruhigere Beurteilung der gegenseitigen Verhältnisse erwartet werden kann.

Anderes würde es allerdings kommen, wenn das die Stimmung in den leitenden Arbeitgeberkreisen auch unseres Gewerbes sein sollte, was sich die „Arbeitgeberzeitung“ kürzlich aus dem Baugewerbe schreiben ließ. Danach wollen „die Arbeitgeberverbände“ jetzt die Gelegenheit benutzen und „alte berechnete Forderungen“, wie die Vereinfachung der Tarifverträge, Leistungsstarif, die Bestimmungen über die Schadenerschaftpflicht der Tarifkontrahenten, die durch die Hinterlegung von Rationen zu gewährleisten ist, ferner die Beschleunigung des Verfahrens durch Festlegung bestimmter Fristen, Schutz der Anders- oder Nichtorganisierten und der Arbeitswilligen, Agitation auf der Arbeitsstelle, Verhalten bei der Arbeit und dergleichen mehr, geltend machen und im Interesse und zur Sicherung (?) der ganges Tarifidee zur Annahme bringen. — Dagegen sei wohl eine Erörterung darüber, ob Tarifverträge notwendig oder nützlich sind, kaum zu erwarten. Denn, so heißt es recht vielsagend weiter: „Vorläufig hat man noch kein geeignetes Erzahmittel, und für tariflose Zeiten sind unsere wirtschaftlichen Organisationen noch nicht reif.“

Das zeigt recht deutlich, wohin das Streben „der Arbeitgeberverbände“ geht. Aber auch die Äußerungen über die Lohnfrage lassen recht tief blicken. Da heißt es zwar in dem erwähnten Artikel, daß „angemessene Forderungen nach einer Lohnerhöhung nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen sind“. Da das Börtchen „angemessene“ aber im Druck besonders hervorgehoben und auch schon von früher her bekannt ist, was es im Munde eines Arbeitgebers gewöhnlich bedeutet, so braucht die zitierte Wendung noch keineswegs den Willen zu einem verständigen Entgegenkommen auszudrücken. Und das scheint auch hier der Fall zu sein; denn es werden auch zugleich alle früher von den Arbeitgebern gestellten Forderungen als unerfüllbare Illu-

sionen bezeichnet. Und an einer andern Stelle heißt es, die Arbeiter des Baugewerbes könnten es „als einen Erfolg buchen“, wenn es gelänge, „die Löhne auf der bisherigen tariflichen Höhe zu erhalten, obwohl in dieser Zeit den Arbeitgebern nichts leichter wäre, als die Löhne wesentlich herabzumindern“. Erfreulicherweise erkennt der zweifelloso gut informierte Artikelschreiber an, daß „nicht verderblicher, kurzschichtiger Egoismus, sondern erhaltende Solidarität, jener Geist vom August 1914... die Richtschnur... sein sollte“; doch spricht er dabei ausdrücklich von den Forderungen der Arbeiter, was doch nur so verstanden werden kann, daß er der Meinung ist, die Arbeitgeber brauchten sich jenen Geist nicht zur Richtschnur zu nehmen. — Damit verlassen wir dieses eigenartige Programm aus dem Baugewerbe und warten ab, ob es sich etwa gewisse Kreise unserer Arbeitgeber zu eigen machen werden.

Zudemfalls kommt es in kürzerer Zeit zu Verhandlungen über die Erneuerung unserer Tarifverträge. Die Anregung dazu wurde kürzlich durch ein allen beteiligten Organisationen übermitteltes Schreiben des Staatssekretärs Dr. Delbrück gegeben. Das uns zugegangene Schriftstück lautet wie folgt:

Der Staatssekretär des Innern.

II. 7022. Berlin, den 19. Novbr. 1915.

An den Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands in Hamburg.

Mit lebhafter Anteilnahme habe ich die Entwicklung der Verhältnisse unter dem geltenden Reichstarifvertrag für das Deutsche Malergewerbe verfolgt. Gegenstand meiner ersten Aufmerksamkeit ist nunmehr der zum 15. Februar 1916 bevorstehende Ablauf dieses Vertrages. Es liegt meines Erachtens im öffentlichen Interesse, daß der Eintritt einer tariflosen Zeit vermieden wird. In der sicheren Erwartung, mit dieser Ansicht bei Arbeitgebern und Arbeitern des Malergewerbes Zustimmung zu finden, glaube ich, daß die beiderseitigen Verbände bereit sein werden, mitzuwirken, um dieses Ziel zu erreichen.

Zunächst wäre es mir von Wert, zu erfahren, ob bei den beteiligten Verbänden bereits Schritte eingeleitet worden sind, um dem mifflischen Zustand der Tariflosigkeit vorzubeugen, und was etwa auf diesem Gebiete, insbesondere nach Maßgabe des § 12 Absatz 2 Satz 2 des jetzigen Tarifvertrages geschehen ist. Jedemfalls halte ich es für unbedingt erforderlich, daß alsbald jeder Verband für sich zu der Frage Stellung nimmt, ob er zur Teilnahme an Verhandlungen der bisherigen Vertragsparteien über eine Verlängerung oder Erneuerung des Tarifvertrages bereit ist. Ueber das Ergebnis dieser Beratungen erbitte ich eine Mitteilung und behalte mir ergebenst vor, wenn nötig, gemeinsame Verhandlungen der Parteien zu einem geeigneten Zeitpunkt anzuregen. Delbrück.

Die Anfrage ist von den Gehilfenorganisationen entgegenkommend beantwortet worden und unser Vorstand und Verbandsbeirat haben, wie wir schon in Nr. 49 des „Verbands-Anzeiger“ berichteten, zu der gegebenen Situation Stellung genommen. Da ferner auch vorgesorgt ist, daß die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse unserer Kollegenschaft zu gegebener Zeit festgestellt sind, so dürfte vorläufig alles geschehen sein, was zur Wahrnehmung der zunächst kommenden Verhandlungen notwendig war. Von dem weiteren Verlauf der Ereignisse werden wir die Kollegenschaft und unsere Filialverwaltungen fortlaufend unterrichten.

Der Krieg als Entwicklungshebel.

II.

Zum Glück für die Menschheit ist uns die Möglichkeit gegeben, die Gefahren für die Entwicklung, die in der Vererbung stecken, dadurch zu beseitigen, daß wir die erbten Eigenschaften und Kulturwerte umzumodeln verstehen. Ebenso wie in den Menschen, wie in allen Lebewesen, der Trieb wohnt, die Art zu erhalten und in dem alten Geleise weiterzuführen, ebenso wohnt in ihnen auch der Trieb, Varietäten (Abarten, Spielarten) zu bilden und Neuerungen zu schaffen. Das Vererbungsprinzip wird ergänzt durch das Varietätsprinzip. Die Menschen besitzen eine große Anpassungsfähigkeit, indem sie das Alte, Ererbte so umgestalten, daß

es hat mit dem Neuen verträgt, oder indem sie die neuen Verhältnisse den bisherigen Formen entsprechend zurecht machen.

Wenn wir die menschliche Anpassungsfähigkeit von verschiedenen Gesichtspunkten aus betrachten, so bemerken wir, daß es zwei Arten gibt: die passive und die aktive Anpassung. In der genaueren, scharfen Unterscheidung dieser beiden Anpassungsmöglichkeiten liegt der Kern der Ernährungsfrage. Werden diese beiden durchaus verschiedenen sozialen Faktoren miteinander verwechselt, so wird die Unterbindung im dunkeln. Hier stoßen wir wieder auf eine vielbesagte Unvollkommenheit unserer Sprache, nämlich auf den Mangel, daß wir mit einem Worte zwei verschiedene Begriffe decken.

Die passive Anpassung besteht darin, daß die Menschen sich allmählich in neue Verhältnisse hineinleben, daß sie die bisherigen Gewohnheiten und Lebensbedingungen verändern, daß sie die Ecken und Kanten abschleifen und sich in die neue Umwelt schicken. Dieses Anpassen ist mit gewissen Unbequemlichkeiten verbunden, weil es die Menschen zwingt, mit alten, liebge gewordenen Lieberlieferungen zu brechen, und darum ruft es in uns ein unbehagliches, unangenehmes Gefühl hervor. Die Menschen hängen eben mit einer merkwürdigen Fähigkeit am Alten und haben eine eigenartige Angst vor dem Neuen, eine Eigenschaft, die man mit dem Namen Misoneismus (das gegen das Neue) bezeichnet. Dieser Misoneismus verleitet zu einer übertriebenen Wertschätzung des „bewährten Alten“ und zu einer Verteuerung der neuen Forderungen und Ziele, er erzeugt den konservativen Sinn, der vor jeder Neuerung zurückschreckt wie eine Kuh vor der neuen Saitlinie. Schon im gewöhnlichen Leben macht er sich überall bemerkbar. Die meisten Menschen empfinden es unangenehm, wenn sie in neue Verhältnisse kommen: wenn sie eine neue Wohnung beziehen, in einen neuen Betrieb eintreten oder in einer andern Stadt ihren Wohnsitz nehmen. Sie haben förmlich Heimweh nach den liebge gewordenen Verhältnissen, die sie verlassen mußten, und dies Gefühl verschwindet erst, wenn sie sich gewöhnt und eingelebt haben. Besonders auf wirtschaftlichem, sozialem, politischem und geistigem Gebiete tritt der Misoneismus deutlich hervor. Alle Veränderungen auf diesen Gebieten werden zunächst mit Widerwillen angenommen, es wird gedörrt und geschimpft, die wirklichen oder vermeintlichen Vorzüge des bisherigen Zustandes werden im hellsten Lichte geschildert und dem neuen Stand der Dinge wird der baldige Untergang prophezeit. Man kann und will sich an das Neue nicht gewöhnen, man sträubt sich mit Händen und Füßen dagegen, erst im Laufe der Zeit findet man sich damit ab. Und dann kommt es nicht selten vor, daß die Stimmung ins Gegenteil umschlägt und daß man sich rühmt, man sei immer schon für das Neue eingenommen gewesen. Die Menschen lernen nur langsam und schwer um, und darum bedienen sie sich der passiven Anpassung, indem sie sich duden und den neuen Dingen ihren Lauf lassen. So entwickelt sich das Um-

lernen und Anpassen in normalen Zeiten, woraus sich die ungemein langsame Umwandlung unserer Verhältnisse erklärt, die einen Feuerkopf zur Verzweiflung bringt; wenn aber ungewöhnliche Umstände eintreten, so vollzieht sich ein schneller Umschwung. Dies hat der gegenwärtige Weltkrieg bewiesen. Er hat die Menschen aus dem dumpfen Trott des Werktagstrebens aufgerüttelt und ihnen neue Gedanken ins Hirn geschüttelt. Die meisten Menschen haben unter der Wucht der Weltkatastrophe ungemein schnell umgelernt und sich den neuen Verhältnissen angepaßt; manche von ihnen haben eine geradezu über raschende Wandlungsfähigkeit bewiesen, indem sie die alten Lieberlieferungen beherzt über Bord warfen und alles das verbannten, was sie einstmals angebetet hatten. Allerdings gibt es auch noch Leute, die innerlich so verständig sind, daß sie nicht einmal die Fähigkeit der passiven Anpassung besitzen, sondern die nach wie vor an ihren Erbwerten festhalten. Diese Dogmatiker und Doktriniere, diese Fanatiker des Althergebrachten, sind wahre Gaskerensflaven der Vergangenheit, und wenn sie sich auch als Rabitate aufspielen, so arbeiten sie doch mit Formeln und Dogmen, die längst abgestorben sind. Für sie erscheint das Alte und Vergangene mit einem Glorienschein umkränzt, aber die neuen Gedanken verhöhnen sie als Illusionen, Luftgebilde und Hirngespinnste.

Die aktive Anpassung besteht darin, daß die Menschen die neuen Dinge ihren Anforderungen und Bedürfnissen dienstbar machen, daß sie das Neue als einen Hebel benutzen zur Hebung der Menschheit, daß sie, kurz ausgedrückt, nicht sich den neuen Verhältnissen anpassen, sondern daß sie umgekehrt die neuen Verhältnisse sich anpassen. An dieser aktiven Anpassung mangelt es leider allzu sehr und aus diesem Grunde macht die Entwicklung so langsame Fortschritte. Entweder haben die Menschen überhaupt eine sehr geringe Anpassungsfähigkeit oder, wenn sie über eine solche verfügen, begnügen sich damit, sich in die Zeit zu schicken und das Neue einfach über sich ergehen zu lassen. Auch hier kann uns der gegenwärtige Krieg deutliche Fingerzeige geben. Die meisten unserer Zeitgenossen betrachten den Krieg gleichsam als ein Gewitter, das vorüber braust, und sie warten mit in den Schoß gelegten Händen, bis wieder normale Zeiten eintreten. Diese Uebergangsstimmung ist so verhängnisvoll, weil sie die Tatkraft und den Willen lähmt und eine aktive Anpassung unmöglich macht. Und doch hat die Kultur menschheit die Pflicht, aktiv in das Weltgeschehen einzugreifen, anstatt den Dingen ihren Lauf zu lassen. Je vielseitiger und umfangreicher ein sozialer Organismus ist, desto mehr Entwicklungsmöglichkeiten stehen ihm zur Verfügung und desto stärker muß die aktive Anpassungsfähigkeit sein. Darum bedarf auch eine große Partei wie die Sozialdemokratie einer viel größeren Elastizität und Wandlungsfähigkeit als eine kleine Sekte, für die das Dogma die Hauptsache ist.

Der Weltkrieg, der so manches verändert hat, muß zu einem Instrument der aktiven Anpassung werden. Die deutsche

Arbeiterklasse darf sich nicht darauf beschränken, der Neugestaltung der Dinge teillos zuzusehen und dort wieder anzuknüpfen, wo der Krieg einen Miß gemacht hat, sie muß vielmehr mit ruhiger Ueberlegung und starker Hand in die Entwicklung eingreifen. Die Bedingungen, unter denen sie ihren Kampf gegen Unfreiheit, Unkultur und Ausbeutung zu führen hat, sind wesentlich anders geworden; die Möglichkeit, eine Hebung des arbeitenden Volkes herbeizuführen, hat sich günstiger gestaltet, und da wäre es eine Dummheit und ein Verbrechen, wollten wir die sich bietende Gelegenheit verpassen. Man muß das Eisen schmieden, solange es heiß ist, und wenn wir allesamt den festen Willen haben, so wird aus den Flammen des Weltkrieges die Arbeiterbewegung wie ein Phönix emporsteigen.

Die Organisation der Lebensmittelversorgung.

Die Versorgung des Volkes mit den unentbehrlichsten Lebensmitteln ist bekanntlich dem freien Handelsverkehr überlassen. Man versteht darunter die Freiheit jedes Staatsbürgers, Waren einzukaufen und gegen einen entsprechenden Gewinn an die Konsumenten zu verkaufen. Der Gewinn ist das Loosmittel für die Lebensmittelproduzenten und -Händler, sich der Erzeugung von und dem Handel mit Lebensmitteln zu widmen. Solange normale Verhältnisse herrschen, möchte diese Art der Lebensmittelversorgung den Regierungen genügen. Es war ja seit Jahrhunderten so, warum soll es anders gemacht werden? Der freie Handelsverkehr mit seinem Spiel von Angebot und Nachfrage hat seit jeher als das beste und bequemste System gegolten, den Magen des Volkes zu füllen. Der Krieg hat die Regierungen belehrt, daß dieses System seine großen Mängel hat, Mängel, die geradezu verberlich wirken können, wenn der freie Handelsverkehr sich nach Welken ausstoben kann. Der Egoismus, den die Nationalökonomien für unentbehrlich in der Volkswirtschaft halten, kann die größte Not heraufbeschwören. Die Sozialisten haben das schon in der Friedenszeit eingesehen und eine soziale Organisation der Lebensmittelversorgung gefordert. Sie stellten sich auf den Standpunkt, daß der Staat und die Gemeinden berufen wären, diese Organisation durchzuführen. Aber die Anhänger des freien Handelsverkehrs bekämpften diese Forderung als utopisch und schädlich.

Jetzt verlangen die Bürgermeister der deutschen Städte Österreichs selbst die Verwirklichung dieser Utopie. Am 4. November tagte nämlich in Wien der Ausschuß des Bundes der deutschen Städte Österreichs, auf dessen Tagesordnung auch die Frage der Approvisionnement der Städte stand. Was die Medner in dieser Sitzung über die Lebensmittelversorgung sagten, trauen wir uns bei den gegenwärtigen Presseverhältnissen gar nicht wiederzugeben. Alle Klagen über die mangelhafte Organisation der Approvisionnement. Vom Vizebürgermeister der Stadt Brünn, Dr. Jarolim, erfuhr man, daß es in ganz Österreich eine einzige Stadt gibt, die in ihrem Statut die Bestimmung hat: „Zu den Obliegenheiten der Gemeindeverwaltung gehört es, die Stadt mit gesunden und wohlfeilen Lebensmitteln zu versorgen, die Marktverhältnisse zu überwachen und insbesondere die Maße und Gewichte zu beaufsichtigen.“ Diese Stadt ist Kratau. Keine andere Stadt hat in ihr Statut eine ähnliche Bestimmung aufgenommen. Wenn man die Sitzungsprotokolle der städtischen Gemeinderatsitzungen liest, so findet man darin Debatten über alle möglichen politischen und nationalen Fragen,

Kriegsbetrachtungen.

In einem seiner Kriegsbriefe schreibt Genosse Düwll von der Front:

„In der Front begegnet man allerhand Grüblern. Der eine philosophiert über die Ethik, der andere über den Sinn des Krieges; einige beschäftigen sich mit den Fragen über „Gewalt und Recht“; ein behäbiger Landwehrmann entwickelte mir sein Geheiß über „die Verhältnismäßigkeit aller Lebenswerte.“ — Sehr selten trifft man noch einen Menschen, der den Krieg als ein unabänderliches Ereignis und eine Tatsache von Einzelereignissen wertet. Mehr oder weniger fest jeder sein eigenes Erlebnis in Beziehung zu der Gesamterscheinung, er fühlt sich mit ihr verbunden und sieht daraus seine Schlüsse. Und fast alle, mit denen ich in solche Gesprächsbahnen hineinkam, gaben der Ueberzeugung Ausdruck, daß eine bessere Verständigung unter den Völkern notwendig und möglich sei. Der Unsinn des furchtbaren Zerwürfens von Menschenleben, von Kulturgütern und wirtschaftlichen Werten dränge sich allen mit solcher harter Anschaulichkeit auf, daß nachhaltige Wirkungen nicht ausbleiben könnten. Mit den Werten und Geldwerten, die dieser Krieg koste, sei es möglich gewesen, den Kulturzustand und die soziale Lage der Völker in Europa ganz außerordentlich zu heben.

Heber die Mittel und Wege zur Sicherung friedlicher Verständigung gehen naturgemäß die Ansichten weit auseinander. Doch bleibt der Beweggrund und das Ziel dieselben. Die Meinungen, daß nur hartes Vorgehen, nach dem durch die Vereinbarung über Abgrenzung der Grenzen ein internationaler Schiedsgericht und gemeinsame Friedenspropaganda in allen Ländern das Ziel gewährleistet werden könne.

Heber diese Fragen sprach ich mit einem Gewerkschafter, der mir erklärte, alle Friedensbestrebungen müßten getragen werden von der Forderung sozialer Verrechnung in der einzelnen Ländern und von der Ueberwindung sozialer Gegensätze. Wie falsch zum Beispiel die Anschauung über Sozialpolitik und gewerkschaftliche Arbeit sei, das habe dieser Krieg sehr deutlich bewiesen: „Es soll ein Schicksal erkaufen“, sagte der Gewerkschafter. „Es gar keine. Die unsere Sozialpolitik als Sozialreform bezeichneten. Angeblich sollte sie zur Ver-

wechlichung führen. Die soziale Fürsorge, so hat man gemeint, befreie den Menschen von dem Zwang, im Lebenskampf alle Fähigkeiten zu entwickeln. Das Bewußtsein, in Notfällen Armenunterstützung, Krankengeld, Unfall- oder Invalidenrente zu erlangen, die Gewißheit, daß staatliche Fürsorge die Hinterbliebenen vor Not schütze, untergrabe das Verantwortlichkeitsgefühl. — Was lehrt nun der Krieg? Zweifellos hat Deutschland bisher die beste soziale Fürsorge. Demgegenüber steht die Tatsache, daß der deutsche Soldat die größten Leistungen vollbracht hat. Das zu beweisen erübrigt sich hier; kein Mensch wird das zu bestreiten wagen. Der deutsche Soldat, vor allem auch der Industriearbeiter, genügt den unerhörtesten körperlichen Anforderungen, seine Selbstständigkeit, geistige Regsamkeit, sein Verantwortlichkeitsgefühl hat jede bange Sorge, hat jedes falsche Urteil besiegt. Wo aber liegen die Quellen der Kraft, die den deutschen Soldaten zu so staunenswerten Leistungen befähigten? Einmal ist es sein in den Organisationen gewachsen und gestärktes Gemeinheitsgefühl und das Bewußtsein seines Anspruchs, ein voll- und gleichberechtigter Staatsbürger zu sein, dessen Wohl und Wehe innig mit dem Geschick des ganzen Volkes verbunden ist. Nicht blinder Haß gegen andere befeelt das deutsche Volk, nicht der Wille, andere zu vernichten. Vereinzelt hstetische Gahprediger, blindwütige Mundhelden und Kraftmeier sprechen nicht mit, ebensowenig wie Tollhändler und Kinder im Rate der Vernünftigen. Das deutsche Volk will seine eigene Kultur nicht zerstören lassen, will seine sozialen und wirtschaftlichen Errungenschaften nicht zerstampfen, sie nicht im Sumpfe russischer Rückständigkeit erstickend lassen. Wer die Zustände in Polen und Litauen gesehen hat, dem schauert vor dem Gedanken an eine russische Vorherrschaft in Europa. Nur Verblendung könnte ernsthaft zu der Annahme führen, ein siegendes Rußland, gegen Deutschland siegendes Rußland, würde sozialem und politischem Fortschritt dienen. Wenn Rußland solchen edlen Zielen nachstrebte, müßte es erst im eigenen Lande wenigstens versuchen, auf den von Deutschland gezeigten Spuren zu folgen, ehe es einen Anspruch darauf erheben könnte, als ernstwilliger Kulturförderer zu gelten.

Darum erfüllt es uns mit Bitterkeit, nicht mit Haß, wenn aus Frankreich und England immer wieder Stimmen herüberdröhen, nach welchen man mit Rußlands Hilfe die Zerstörung Deutschlands als Voraussetzung des Friedens und der Entwicklung zu größerer politischer Freiheit und

kulturellem Aufstieg fordert. Das beste Mittel in der moralischen, geistigen und körperlichen Stärkung des Volkes sehe ich in einem weiteren Ausbau der Sozialpolitik. Wenn die Arbeiterschaft in den andern Ländern auf dem gleichen Boden den gleichen Zielen zustrebt, wenn man von der Vorstellung sich freimacht, daß Deutschlands Zerstörung die Voraussetzung freiheitlicher Entwicklung sei, dann könnten wir das freudig begrüßen. Wie kein anderes Volk hat die deutsche Arbeiterschaft seine internationale Interessensolidarität praktisch bekundet. Das sollte man nicht übersehen und sollte berücksichtigen, wie verbittern es wirken muß, wenn man uns nun schmähst und verächtigt. Unser Solidaritätsgefühl und unsern Friedenswillen in Zweifel zu ziehen, hat nach unserm bisherigen Verhalten niemand ein Recht, und allgemein sollte man aus der Erkenntnis, daß gewerkschaftliches Streben und Sozialpolitik die beste Quelle der Volkskraft sind, die erforderlichen Schlußfolgerungen ziehen. Ohne unsere Kranken-, Unfall-, Arbeitslosen- und sonstigen Versicherungen, ohne unsere öffentliche Hygiene und vor allem auch ohne das durch die Arbeiterbewegung geförderte Persönlichkeitsbewußtsein des deutschen Arbeiters wäre das Volk nicht zu solcher Kraftentfaltung fähig gewesen, die es der Welt in diesem Kriege bewiesen hat.

Im Anschluß hieran möchte ich noch einen Punkt streifen, der bei dem Widerstand gegen gewerkschaftliche Forderungen eine gewichtige Rolle spielte. Es ist die Behauptung von der angeblichen Untertreibung unserer Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt als Folge sozialer Lasten. In Wirklichkeit bedeuten Aufwendungen für soziale Zwecke keine Belastung, es sind vielmehr die fruchtbarsten Kapitalanlagen. Die mit den Kosten der Sozialpolitik gehobene und vor frühzeitiger Zerstörung gereckte Volkskraft steht in gar keinem Verhältnis zu den Aufwendungen. Im sogenannten freien Spiel der Kräfte wird Volkskraft nutzlos vergeudet; vernünftige Sozialpolitik steigert ihren Nutzwert. Deutschland steht mit seinen Ausgaben für Sozialpolitik an erster Stelle. Seine wirtschaftlichen Grundlagen sind damit nicht erschüttert, sondern in ungeahnter Weise gesteigert worden. Diese Tatsache hat der Krieg uns und aller Welt deutlich offenbart. Auch diese Lehre muß nutzbar werden! Unsere Organisationen, unsere Sozialpolitik sind des deutschen Volkes allerbeste Nähr- und Kraftquellen!

aber wenig oder nichts über die Approvisionierung. Diese wurde, wie gesagt, als eine Angelegenheit des freien Handelsverkehrs betrachtet. Das ist übrigens nicht zu verwundern, zumal die Interessenten des freien Handelsverkehrs in den städtischen Vertretungen eine maßgebende Rolle spielen. Heute, wo die Not uns alle drückt, interessiert man sich für die Fragen, die mit der Lebensmittelversorgung zusammenhängen, und die städtischen Bürgermeister machen sich sogar Gedanken über die Ursachen der Teuerung. Der Bürgermeisterstellvertreter von Märkisch-Schönberg, Herr Oberleitner, sagte in der erwähnten Ausschusssitzung, daß er einen Agrarier gefragt hätte, ob er sich jemals derartig hohe Preise in Kriegszustand vorgestellt habe; der Mann war aufrichtig genug, die Frage zu verneinen. Wie konnte es aber trotzdem so weit kommen? Es fehlt an der Organisation.

Von demselben Redner erfuhr man, daß viele Leute zwei- bis dreimal mehr Arbeiter angeben, als sie tatsächlich beschäftigten und infolgedessen um so viel mehr Mehl zurückhalten. Die kaiserliche Verordnung vom 21. Juni 1915, betreffend die Versorgung mit Getreide und Mehl, ermächtigt nämlich die Weisiger landwirtschaftlicher Betriebe, für sich und ihre Angehörigen, einschließlich der Arbeiter, eine bestimmte Menge von Getreide und Mehl zurückzubehalten. Um mehr zurückhalten zu können, geben die guten Leute mehr Arbeiter an. Das ist zwar nicht erlaubt, aber wo kein Ankläger, da ist auch kein Angeklagter. Um derlei falsche Angaben unmöglich zu machen, müßten die Bezirkshauptmannschaften überall nachforschen, wieviele Arbeiter die einzelnen Bauern in normalen Zeiten beschäftigten; aber diese Nachforschung wird nicht systematisch durchgeführt.

In der Ausschusssitzung des genannten Bundes konnte man noch manches andere interessante Detail erfahren. So sagte ein Redner, daß nicht nur die Agrarier, sondern auch Industrielle die Situation ausnützen, um sich in dieser so schweren Zeit zu bereichern. Industriearbeiter, die im Frieden Kr. 4 bis 5 gekostet haben, werden jetzt mit Kr. 60, 80 und 100 bezahlt. Es ist daher kein Wunder, wenn die Agrarier dem Beispiel dieser Industriellen folgen und die Preise immer höher schrauben. Um hier Wandel zu schaffen, ist es notwendig, daß Höchstpreise nicht nur für Lebensmittel, sondern auch für andere Bedarfsartikel eingeführt werden; die Preistreiberer sollte nicht nur bei den Lebensmittelhändlern verfolgt werden, sondern bei allen Kaufleuten. Das geschieht zwar hier und da, jedoch nicht mit der nötigen Konsequenz.

Die Hauptsache ist aber eine feste Organisation der Lebensmittelversorgung im ganzen Reiche, nicht nur in der Kriegszeit, sondern auch in Friedenszeiten. Eine solche Organisation ist zwar mit großen Schwierigkeiten verbunden, aber wenn der Wille, sie durchzuführen, vorhanden ist, werden alle Schwierigkeiten überwunden werden können. Das größte Hindernis der Organisation der Approvisionierung sind bestimmte Interessentengruppen. Der Staat ist aber die Organisation der Gesamtheit und nicht einzelner Gruppen von Personen. Man verlangt von jedem einzelnen, daß er im Kriege seine Person einsetzt für die Gesamtheit, daß er sein Leben opfert für den Staat; dieselbe Solidarität müssen wir von jedem auch in der Friedenszeit verlangen. Auch in der Friedenszeit soll die uneheliche Bereicherung einzelner geliebter Personen auf Kosten ihrer Mitmenschen verpönt sein. Das kann nur durch eine große soziale Organisation erreicht werden. Wenn das Wort „sozial“ nicht paßt, der wolle ein anderes; aber ohne Organisation können wir nicht vorwärts. Wenn der Krieg zur Erkenntnis dieser von den besten Männern aller Nationen seit Jahrhunderten gepredigten Wahrheit führen möchte, dann haben die Völker nicht umsonst geblutet.

Von unsern Kollegen im Felde.

Das Eisene Kreuz erhielten: Kollege Ludwig Benzen, Mitglied der Filiale Göln; Kollege Wilhelm Bape, Mitglied der Filiale Rathenow, zugleich auch die lippische Tapferkeitsmedaille; Kollege Walter Schmidt, Mitglied der Filiale Zwickau; Kollege Richard Sporn, leider schwer verwundet, Mitglied der Filiale Grünberg.

Aus Unternehmerkreisen.

Genossenschaftlicher Zusammenschluß. In Riesenburg i. Westpr. haben sich die dortigen Maler- und Glasermeister zu einer Gesellschaft zusammengeschlossen, die den Namen Maler- und Glaser-Genossenschaft Riesenburg G. S. m. b. H. führen wird. Das Unternehmen bezweckt den gemeinschaftlichen Einkauf der zum Betriebe des Maler- und Glasergewerbes erforderlichen Materialien und Werkzeuge, deren Abgabe an die Genossenschaftsmitglieder und die Uebernahme und Lieferung von Maler- und Glaserarbeiten. In den Vorstand wurden gewählt Schubkowski in Freistadt, Lenz und Koschinski in Riesenburg. In München haben sich die Glasermeister zusammengeschlossen und eine Lieferungs- und Rohstoff-Genossenschaft der Mitglieder der Vereinigung Münchener Glasermeister G. S. m. b. H. gegründet. Das Unternehmen will den gemeinschaftlichen Einkauf aller Rohstoffe für das Glasergewerbe übernehmen sowie staatliche, gemeinliche und größere Privataufträge ausführen. Die Haftsumme beträgt M. 400.

Gewerkschaftliches.

Die Gewerkschaftskartelle im Jahre 1914. Die Kartellstatistik für das Jahr 1914 ist in ihren Ergebnissen mit denen der Vorjahre nicht vergleichbar. Die Einberufungen zum Kriegsdienst haben die Gewerkschaften und damit auch ihre örtlichen Verbindungen, die Kartelle, an Mitgliedern stark geschwächt. Der Entzug der besten Kräfte mußte geradezu lähmend besonders auf die Tätigkeit der kleineren und mittleren Kartelle wirken. Die Folge ist denn auch ein starker Ausfall von Kartellen aus der Jahresstatistik 1914. Von 833 Kartellen, die am Ende des Jahres 1913 im Kartellverzeichnis der Generalkommission eingetragen waren, berichteten nur 578; 13 Kar-

stelle gingen infolge Zusammenschlusses oder durch Auflösung ein. Den Kartellen waren 7847 Gewerkschaften angeschlossen, 183 Zweigvereine der Zentralverbände standen ihnen fern.

Nicht so erheblich wie es nach dem Vergehen von 242 Kartellen bei der Erhebung erscheinen könnte, ist die Zahl der von der Statistik nicht erfaßten Gewerkschaftsmitglieder. Am 1. Juli 1914, also kurz vor Ausbruch des Krieges, hatten die berichtenden Kartelle zusammen 2.133.890 und am Jahresschluß 1.884.855 Mitglieder. 656.229 Mitglieder = 30,9 pZt. der am 1. Juli vorhanden gewesen waren zum Kriegsdienst eingezogen. Demnach ist bei den berichtenden Kartellen noch ein über die Zahl der Eingezogenen um rund 93.800 Mitglieder hinausgehender Mitgliederverlust eingetreten. Ein erheblicher Teil dieses Abganges wird aber noch auf Konto der Einberufungen gesetzt werden können.

Von den acht vor Kriegsausbruch in Elsaß-Lothringen vorhanden gewesen Kartellen berichtete nur eins, und zwar Metz. Von den schwer heimgejagten Provinzen Ost- und Westpreußen fehlen in der Statistik die Kartelle Eulmsie, Graudenz, Gumbinnen, Insterburg und Poppo. In den Einrichtungen, die der allseitigen Förderung der gewerkschaftlichen Bewegung am Orte dienen, als da sind: Gewerkschaftshäuser, Herbergen, Bibliotheken, Lesezimmer, Rechtsauskunftsstellen usw., hat sich gegen das Vorjahr wenig geändert. — Allgemeine Versammlungen wurden 1188 und berufliche 519 von den Kartellen veranstaltet; der größere Teil davon wird auf das erste Halbjahr 1914 entfallen.

Die eigentliche Tätigkeit der Kartelle auf dem gewerkschaftlichen Gebiete wurde durch den Krieg jah unterbrochen, ihnen aber auch zugleich damit eine Reihe neuer besonderer Aufgaben zugewiesen. Gleich zu Anfang des Krieges galt es, die Gemeinden zur weitgehenden Beihilfe zur Unterstützung der Familien der Eingezogenen und der Arbeitslosen zu veranlassen. Die Kartelle mußten hierbei in den Gemeinden mit die treibenden Kräfte bilden. Zwei von der Generalkommission veranstaltete umfangreiche Erhebungen über die Kriegsfürsorge stützten sich hauptsächlich auf die Mitarbeit der Kartelle. Als durch Notgesetz vom 4. August 1914 die reichsgesetzlich geschaffene Krankenversicherungspflicht der Hausindustriellen aufgehoben wurde, erwich den Kartellen die weitere Durchführung von Ortsstatuten die weitere Versicherung bei den Kassen ermöglicht wurde. In der Betreuung der Arbeitslosenfürsorge mußte bei den Gemeinden auf die Errichtung von Arbeitsnachweisen gedrängt werden. Auch die Frage der Fürsorge für die Kriegsbeschädigten und schließlich auch der Kampf gegen die Preistreibererien bei den notwendigsten Lebensmitteln erforderten die stärkste Anteilnahme der Kartelle. Die Elagierung dieser Kriegsaufgaben gibt natürlich kein die Wirklichkeit erschöpfendes Bild, aber sie läßt die große Müheveraltung der Kartelle bei Lösung dieser Aufgaben erkennen, die um so höher zu bewerten ist, als auch ihnen durch Einberufungen zahlreiche tätige Köpfe entzogen werden.

Angaben über Einnahmen und Ausgaben machten 560 Kartelle. Diese verzeichnen eine Gesamteinnahme von M. 1.688.336, darunter an Beiträgen M. 1.084.580 und an sonstigen Einnahmen M. 583.756. Der Gesamteinnahme steht eine Ausgabe von insgesamt M. 1.770.185 gegenüber, sie übersteigt die Einnahme um M. 110.849. Damit verminderte sich auch in der gleichen Höhe das Rassenvermögen auf M. 963.211. Von einer großen Anzahl Kartelle wurden auch Mittel zur Unterstützung der Familien von Kriegsteilnehmern und Arbeitslosen aufgebracht. Die Feststellung ergab eine Gesamtsumme von M. 55.664, die für diese Zwecke aufgebracht und verwandt wurden.

Ueber die Kartelle der Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine und der christlichen Gewerkschaften liegen keine Angaben für 1914 vor.

Die größeren, seitgefügteren Kartelle der Zweigvereine der Generalkommission angeschlossenen Zentralverbände haben das Kriegsjahr 1914 verhältnismäßig gut überstanden und bei der Lösung einer ganzen Reihe wichtiger, durch den Krieg entstandener Aufgaben im Interesse des werktätigen Volkes tatkräftige Hilfe geleistet. Mit dem Eintritt des Friedens werden die Kartelle auch wieder ihre eigentlichen gewerkschaftlichen Aufgaben im vollen Umfange aufnehmen und durch ihre Tätigkeit mit dazu beitragen, daß in der neuen Entwicklungsperiode die Gewerkschaftsbewegung zur höchsten Blüte und Machtentfaltung gelangt.

Tarifvertrag und Teuerungszulagen. Die Unternehmer des gesamten Baugewerbes lehnen bekanntlich jede Teuerungszulage deswegen ab, weil eine solche dem Geiste des Tarifvertrages zuwiderlaufe. Nun ist bekannt, daß das Tarifvertragswesen noch in keinem andern Berufe so fest ausgebildet worden ist als im Buchdruckgewerbe. Und doch kann der „Korrespondent“ des Verbandes der Buchdrucker in fast jeder Nummer über Teuerungszulagen in Berufe berichten. Auch die Stuttgarter Buchdrucker haben schon im Juni — allerdings zunächst mit negativem Ausgang — einen Versuch zur Erlangung einer Teuerungszulage gemacht. Mitte Oktober wurde ein neuer Versuch unternommen mit dem Ergebnisse, daß der Verein der Stuttgarter Buchdruckerbesitzer in seiner Mitgliederversammlung beschloß, dem erneuten Gesuche der Gehilfenschaft stattzugeben und in einem Anschreiben seinen Mitgliedern zu empfehlen: „in Anbetracht der tatsächlich schwierigen Lage, besonders der verheirateten Gehilfen mit Familie, je nach Können, eine Teuerungszulage in stets widerruflicher Weise zu gewähren; dieselbe soll monatlich ausbezahlt werden, damit sie tatsächlich als Teuerungszulage und nicht als Lohnzulage zur Geltung käme“. Soweit bis jetzt bekannt geworden, schwanken die Zulagen zwischen M. 4 und 8 monatlich; eine genaue Uebersicht ist bis jetzt noch nicht möglich.

Arbeitsvermittlung nach dem Kriege. Die Verhandlungen der Groß-Berliner Arbeitsnachweise mit den Gewerkschaften über die Schaffung einer Zentrale für die Arbeitsvermittlung nach dem Kriege sind vor kurzem zum Abschluß gekommen. Unsere Gewerkschaften haben zur Zentralvereinigung für Arbeitsnachweise ihren Beitritt erklärt. Damit gehören

jetzt der Zentrale alle Gewerkschaften und Arbeitsnachweise Groß-Berlins an. Aufgabe der Zentrale ist es, nach Kriegsende für die Unterbringung der heimkehrenden Soldaten in den verschiedenen Berufen Sorge zu tragen und zu vermeiden, daß sich in einzelnen Gewerben und Bezirken Groß-Berlins ein Ueberangebot von Arbeitskräften bemerkbar macht, während anderwärts die Nachfrage nicht gedeckt werden kann.

Sozialpolitisches.

Butter- und Fettkarten. Der Bundestag hat in seiner Sitzung vom 8. Dezember eine Verordnung über den Verkehr mit Butter beschlossen. Die Verordnung bezweckt in der Hauptsache einen Ausgleich zwischen Butterüberschussgebieten und Butterbedarfsgebieten zu schaffen. Eine Vermittlungsstelle erhält das Recht, von Molkereien, die im Jahre 1914 mindestens 500.000 Liter Milch oder eine entsprechende Menge Rahm verarbeitet haben, bis zu 15 pZt. ihrer monatlichen Butterherstellung abzugeben und den Butterbedarfsgebieten zuzuwenden. Die Vermittlungsstelle, als die zunächst die Zentraleinstaufgesellschaft m. b. H. in Aussicht genommen ist, soll in erster Linie solche Buttermengen in Anspruch nehmen, über die noch keine Lieferungsverträge abgeschlossen sind. Reichen die Mengen nicht aus, so sind die durch Verträge verschlossenen Mengen entsprechend zu kürzen. Die Vermittlungsstelle liefert die Butter nur an Gemeinden ober vom Reichskanzler bestimmte Stellen ab.

Die Verordnung enthält ferner Vorschriften über die Ausgabe von Butter- oder Fettkarten. Danach sind die Gemeinden berechtigt und auf höhere Anordnung verpflichtet, Butter- und Fettkarten einzuführen und zu bestimmen, daß die billigere Butter und Fette der minderbemittelten Bevölkerung vorbehalten bleiben. Die Verordnung tritt am 1. Januar 1916 in Kraft.

Kriegsgewinn. Auf die Frage, warum das Schuhwerk so teuer ist, gibt der Kriegsgeschäftsbericht der Lederfabrik Adler & Oppenheimer in Straßburg eine klare Antwort. Diese Firma verrechnet:

	1912/13	1913/14	1914/15
Reingewinn	1 377 083	1 774 180	8 454 248
Dividende	840 000	1 200 000	2 400 000
Kriegsreserve	—	—	2 000 000
Zantlemen	25 000	30 000	250 000
Vortrag auf neue Rechnung	217 089	249 138	1 254 216

Der Reingewinn, wohlgerneht der Reingewinn, hat sich 1914/15 gegen das Vorjahr fast verdreifacht!! Statt 10, werden jetzt „nur 20 pZt.“ Dividende gezahlt, weil die patriotischen Geschäftsmacher sich vor der Öffentlichkeit scheuten, mit einer Dividende von 50 oder 60 pZt., die von dem kolossalen Mehrüberschuß leicht verteilt werden konnten, herauszukommen. Statt dessen werden 3 Millionen Markt „zurückgestellt“.

Auch die Waggonfabriken gehören zu den Betrieben, deren Kriegsgeschäft sich meist recht erfolgreich gestaltet. Von der Sächsischen Waggonfabrik in Werdau, die in den letzten Jahren Dividenden von 20 pZt. verteilte, wurde eine Kapitalerhöhung um M. 600.000 auf 2,6 Millionen Markt beschlossen. Den Aktionären wird auf je fünf alte Aktien der Bezug einer neuen Aktie zum Kurse von 120 pZt. angeboten. Bei dem hohen Kurse der alten Aktien ergibt sich für die Aktionäre aus dem Erwerb der neuen Aktien ein ganz netter Nebengewinn. Nun beanspruchen die den Aktionären zur Verfügung gestellten Aktien aber nur den Betrag von M. 400.000; es bleiben M. 200.000 der neuen Aktien verfügbar. Wer diesen Rest übernimmt, ist in den vorliegenden Berichten nicht gefagt. Möglich wäre, daß die Gesellschaft sich die Verfügung darüber selbst vorbehält, häufig pflegt jedoch das an einem Unternehmen interessierte Finanzkonfium solche „Resse“ zu dem Ausgabekurse unter Verpflichtung der Zahlung der Kosten der Kapitalerhöhung zu übernehmen. In dem vorliegenden Falle würde das für das Konfium einen glatten Gewinn von zirka M. 200.000 bedeuten. Zu rechtefertigen sind derartige Finanzierungsgewinne natürlich nicht.

Gewährung von Löhnung an die Angehörigen Vermittler oder Kriegsgefangener. In Kriegsgefangenschaft Veratene oder Vermittler verlieren für ihre Person den Anspruch auf Löhnung. Durch den Kommandeur des Bataillons, der Abteilung oder des Kavallerie-Regiments, dem der Kriegsgefangene oder Vermittler im Felde zuletzt angehört hat, kann jedoch nach einer Meldung des „W. L.“ die Löhnung oder ein Teil davon an Angehörige des Vermittlers usw. bewilligt werden. Zu den Angehörigen im Sinne dieser Bestimmung gehören die Ehefrau und die ehelichen sowie die durch nachfolgende Ehe anerkannten Kinder. Diesen Angehörigen kann die Löhnung bewilligt werden, wenn hieraus ihr Unterhalt bestritten werden soll. Dies wird ohne weiteres anzunehmen sein, wenn die betreffenden Angehörigen die reichsgesetzliche Familienunterstützung beziehen. Eltern, Großeltern und sonstigen Verwandten der aufsteigenden Linie, Geschwistern, Geschwisterkindern oder Pflegekindern kann die Löhnung bewilligt werden, wenn der Vermittler oder Kriegsgefangene diese Verwandten ganz oder überwiegend ernährt hat und sie bedürftig sind. Es haben daher Gesuche um Bewilligung der Löhnung an diese Verwandten nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn sie mit einer Bescheinigung der Ortsbehörde versehen sind, nach der die Kriegsgefangenen oder Vermittler ihre Eltern usw. ganz oder überwiegend ernährt haben, und diese bedürftig sind. Die Prüfung der Anträge auf Bewilligung von Löhnung oder eines Teiles davon an Angehörige Vermittler und Kriegsgefangener und die Zahlung der bewilligten Beträge ist lediglich Sache der betreffenden Feldformationen. Die Anträge sind daher nur an den Truppenteil zu richten, dem der Vermittler oder Kriegsgefangene im Felde zuletzt angehört hat. Die Bewilligung der Löhnung erfolgt in der Regel frühestens einen Monat nach der Gefangennahme oder dem Vermittlersein.

Die Statistik während des Krieges. Seit einigen Jahrzehnten gewinnt die Statistik auf allen Gebieten des menschlichen Lebens eine immer größere Bedeutung. Das Bestreben, mit Hilfe der Zahlen alle Vorgänge um uns zu erfassen und zu verstehen, macht sich überall bemerkbar. Auch während des gegenwärtigen Krieges spielt natürlich

die Statistik eine wichtige Rolle. Schon in den vorhergehenden Friedensjahren gab sie uns erwünschten Aufschluß über Wachstum und Tauglichkeit der Bevölkerung, über deren gesundheitliche Verhältnisse, über die Hauptursachen der Geburten- und den Erfolg ihrer Bekämpfung, über die Leistungen von Landwirtschaft, Viehzucht, Gärtnerei, Handel, Verkehr, über Bedarf und Versorgung, über Versorgung und Erwerbsdienst, über körperliche und geistige Bildung, über sozialen Aufstieg und sonstigen Lebensfortschritt, und hat dadurch wichtige Grundlagen für die wirtschaftliche, statistische, finanzielle und moralische Erziehung. Ebenso leistete die Statistik während des letzten Krieges viel benötigte Hilfe, die nur so notwendig war, als das Mangelhafte der Verhältnisse des letzten Weltkrieges auch reichhaltige Aufgaben im Gefolge hatte, deren Bewältigung der deutschen Organisationskraft nicht vom Leben der zahlmäßig erfassten Tatsachen ausging. Durch eine große Anzahl von Erhebungen ergab sie Aufschluß über Bedarf und Vorräte an gewissen Lebensmitteln und Rohstoffen und zeigte, in welcher Richtung Maßnahmen zur genügenden Versorgung von Meer und Land mit den erforderlichen Waren zu ergreifen waren.

Im ersten Hefen des „Jahrbuch“ gibt Ministerialrat Professor Dr. Kerschbaumer einen Überblick über die statistischen Aufnahmen, die die Reichsregierung im Laufe des Krieges veranstaltet hat. Auf der Grundlage einer Erhebung über die Vorräte an Getreide und Futtermitteln, die bereits am 1. Juli 1914 stattgefunden hatte, wurden weitere derartige Erhebungen vorgenommen am 1. Dezember 1914 sowie am 1. Februar, 1. April und 1. November 1915. Die Ergebnisse dieser Erhebungen, denen Genauigkeit allerdings manchmal zu wünschen übrig ließ, dienen als Unterlagen für die Vorbereitung der Volksernährung und der Viehfütterung. Nebenbei wurden größere und kleinere Umfragen gefunden am 1. Dezember 1914 sowie am 15. März, 15. April, 1. Mai und 1. Dezember 1915; auch wurden mehrfach Aufnahmen gemacht über den Bestand an Futtermitteln. Die Bestände an Karstoffeln wurden am 15. März und 15. Mai 1915 ermittelt. Ebenso fanden statistische Aufnahmen statt über eine Reihe anderer Lebensmittel: Kaffee, Zucker, Mehl, Müllentwürde, Sojabohnen usw. Außerdem haben auch städtische und militärische Behörden zahlreiche Statistiken zum Zwecke des Bedarfs der Zivilbevölkerung und des Heeres vorgenommen. Beispielsweise ist von den Städten der Bestand an Mehl, Getreide, Butter, Fleisch, Fett, Sauerkraut, Milch usw., von den Militärbehörden der Bestand an Schmalz, Gammeln, Jute, Kupfer, Nickel, Leder, Leinwand, Chemikalien, Kraftwagen, Verbrennungsmotoren, festgestellt worden. Daneben ist natürlich die bisherige Statistik über den Arbeitsmarkt und die Löhne, den Kauf- und Sportartikelverkehr, die Preise, die Bevölkerungsbewegung usw. fortgesetzt worden.

Neben der amtlichen Statistik hat auch die gewerkschaftliche und genossenschaftliche Statistik einen großen Umfang angenommen. Für die Gewerkschaften und Genossenschaften sind die Aufgaben während des Krieges ganz bedeutend gewachsen und daraus hat sich die Notwendigkeit ergeben, mit Hilfe von Zahlen einen Überblick zu gewinnen über die Entwicklung dieser wirtschaftlichen Organisationen. Die Statistik wird dertun, was Gewerkschaften und Genossenschaften in der schweren Kriegszeit zum Wohle ihrer Mitglieder und zum Wohle der Allgemeinheit leisten können.

Vom Ausland.

Holländischer Gewerkschaftskongress. Mitte November tagte in Amsterdam ein Kongress der Gewerkschaften Hollands, um notwendige wirtschaftliche Maßnahmen zu besprechen. Der Vorsitzende der Zentralkommission, Cudegeest, berichtete über die Entwicklung der Bewegung, die durch den Krieg eine starke Dämmung erfahren hat, mit aber wieder langsam einen erfreulichen Aufstieg annimmt. So hat sich die Mitgliederzahl in der ersten Jahreshälfte und der darauf folgenden Unsicherheit um einige Tausend verringert, in der letzten Zeit ist sie aber ständig im Anwachen begriffen; gegen 91.000 Ende Juli zählte man Ende Oktober 93.957 Mitglieder. Die Arbeitslosenversicherung hat die Regierung mit anerkanntem Wertem Verhandlung in die Hand genommen, dagegen sei die letzte dem Parlament vorgelegte Denkschrift in ihrer allzu optimistischen Darstellung nicht zutreffend. Ueber die behördlichen Maßnahmen in Sachen der Lebensmittelversorgung sprach Staatsverordneter Wiebant-Amsterdam. Die notwendigen Lebensmittel sind in Holland um rund 13 pzt. gekürzt, Zuckerverbrauch um 30 pzt. und mehr, Manufakturwaren um 25 bis 35 pzt. Dagegen kommen die an sich guten, aber über das nötige hinausgehenden Maßnahmen zur Fleisch- und Brotversorgung nicht auf. Es empfiehlt sich Sicherstellung von Milch, Gemüse, Früchten und Kartoffeln zu erschwinglichen Preisen. Bei Früchten wäre ein Ausfuhrverbot zu erwägen, damit dem Inlande der Kauf zu niedrigen Preisen möglich wäre. Zurzeit machen eben alle Produzenten Aufschlag durch Verkäufe nach dem Auslande. Ein Vertreter der Wiebant selbst zugestanden, daß die Geschäfte langsam kämen, wenn aber der Frieden wieder hereinkäme, wäre es damit wohl vorbei. Unser Kollege Van den Broek berichtete über die während des Krieges auf Anregung der Gewerkschaftsverbände weiter ausgebildete Arbeiterüberwachung. Die Zahl der bei Kriegsausbruch bestehenden Gemeindefestungen für Arbeitslose betrug 22, heute sind es 108. Vom 7. September 1914 bis Ende April 1915 sind 3208 108 Gulden an Arbeitslosenunterstützung ersatzlos worden. Dazu haben die Gewerkschaften mit 4000 Gulden beigetragen. Die jetzige provisorische Organisation soll nach dem Kriege einen feststehenden, annehmbaren Ersatz finden, aber nicht, wie manche irrtümliche Kreise behaupten, aufgehoben werden. Der Abgeordnete Mirandabehandelte die Lage der Arbeiter der Einzelgewerbe, die vielfach schlimmer dran sind als die Arbeitslosen, und begründete einen Antrag zur Verbesserung der Unterbringung der Soldatenfamilien, der einstimmig angenommen wurde. Der Vorstand des Stammarbeiterverbandes, Polak, schilderte in der Form von Geschäftsberichten die jämmerlichen Ge-

winne in der holländischen Industrie und im Handel. Allein der Goldvorrat der Niederländischen Bank ist vom Oktober 1914 bis Oktober 1915 von 161 auf 400 Millionen Gulden gewachsen. Andere Banken lehnen Depositionen ab, weil sie nicht wissen, wohin mit dem Geld. Die chemischen Fabriken entwickeln sich sehr vorteilhaft, Land- und Seetransportgesellschaften, koloniale Unternehmungen haben phantastische Profite; die Holland-Amerikalinie kann ihre gesamte Flotte aus den Kriegsgewinnen abschreiben. Dem entspricht die Lage der Arbeiterklasse, wie sie Cudegeest im Schlußreferat ausführlich darstellte, keineswegs. Trotz der enormen Vermögen, die heute in Holland gemacht werden, ist es nur wenigen Verbänden gelungen, Lohnerhöhungen durchzusetzen. Angesichts dieser Sachlage bliebe nichts anderes übrig, als wieder zur offensiven Taktik zurückzuführen, weil eine Beschränkung auf Unterstützungsweisen und Abwehrmaßnahmen auf die Dauer keinen Fortschritt verbürgen. Die Diskussion brachte deutlich zum Ausdruck, daß der Cudegeestsche Vorschlag dem Willen der Versammlung entsprach.

Fachliteratur.

Deutsche Malerzeitung „Die Waage“. Illustrierte Zeitschrift für Malerei. Verlag von Georg D. W. Callweh in München. Abonnementspreis vierteljährlich M. 3. Von dieser vorzüglich ausgestatteten, inhaltsreichen Fachzeitschrift ist soeben Heft 9, Dezemberheft 1915, erschienen. Es enthält Tafel 33: Sokel und Friese, entworfen von Otto Hildebrandt-Dresden; Tafel 34: Decke für einen Salon, entworfen von Robert Köhler-Leipzig; Tafel 35: Decke und Wand, entworfen von Cornelius Gehring-München, und Tafel 36: Kanzleischrift, geschrieben von Max Rabus-Vollau. Die jetzigen Kriegshäfte werden für unsere Berufscollegen später von besonderem Werte sein. Sie sollen in keiner Fachbibliothek fehlen.

Literarisches.

Mit dem Auto an der Front. Kriegserlebnisse von Anton Friedrich. Mit Kopfleisten und Umschlagzeichnung nach Originalen von W. Pfand, R. Doffinger und G. Wiedemayer. Preis geheftet M. 1, gebunden M. 1,60. Francksche Verlagshandlung, Stuttgart. Der Verfasser hat im April dieses Jahres auf die Einladung aus dem Hauptquartier hin eine Reise an die Westfront unternommen und nun in einem gefällig und hübsch ausgestatteten Büchlein seine Eindrücke niedergelegt. Friedrich, durch seine prächtigen Reiseschilderungen in den weitesten Kreisen bekannt, schildert hier mit warmem Herzen, was er auf seinen Fahrten in Flandern mit offenen Augen an und hinter der Front geschaut. Tiefe, unvergeßliche Eindrücke sind es, die er auf blutgeblutem Boden in Feindekland gewonnen und dem Leser in frischer, packender Schreibweise vor Augen führt. Möge das Büchlein recht viele Leser finden, auch unter der heranwachsenden Jugend.

Georg Wegener: „Der Wall von Eisen und Feuer“. (Ein Jahr an der Westfront.) Leipzig, F. A. Brockhaus, 1915. 192 Seiten. M. 1. Der bekannte Verfasser, Professor Dr. Wegener, weist seit Beginn des Krieges im Hauptquartier des Westens. Seine reichen Erlebnisse und Eindrücke an der Front, vom Meere bis zu den Vogesen, faßt er in einem Buche zusammen, das, auch bildlich gut ausgestattet, sicherlich die weiteste Verbreitung findet.

Sozialdemokratie und Völkerverhaft. Von Carl Severing. Verlag: „Internationale Korrespondenz“ (H. Baummeister) in Berlin-Karlshorst. Preis 10 M.

Krieg und Geschlechtskrankheiten. Ein Wort an die Frauen von Schwester Lydia Kuhlmann. Kommissionsverlag der Leipziger Buchdruckerei A.-G., Alt. Buchhandlung. Preis 20 M. Es ist zu wünschen, daß das aufklärerische Heftchen die weiteste Verbreitung findet, denn ohne Scheu behandelt hier in sachlicher Weise die Verfasserin ein Gebiet, über das Klarheit zu schaffen bittere Notwendigkeit ist.

Die Glocke. Sozialistische Halbmonatsschrift. Herausgegeben von Parvus. Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H. in München. Preis jeder Nummer 25 M. Eine empfehlenswerte Zeitschrift, die zu den aktuellen Tagesfragen und auch zu gewerkschaftlichen Problemen in verständnisvoller Weise Stellung nimmt.

Jugendvoll-Almanach 1916. Herausgegeben von der Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin. 160 Seiten. Preis 50 M. für Jugendliche, durch die Jugendausschüsse bezogen, 25 M. Trotz der schwierigen Zeitumstände hat die Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands auch für das kommende Jahr wieder den Jugendvoll-Almanach erscheinen lassen. Ein Blick in das Büchlein, das im alten, schmunzigen Gewande sich präsentiert, zeigt, daß es in der Reichhaltigkeit des Inhalts, in der sorgfältigen Auswahl der Beiträge und der gelungenen Abbildungen seinen Vorgängern durchaus nicht nachsteht. Wir können seine Anschaffung, besonders auch zur Entsendung ins Feld, nur lebhaft begrüßen.

Der Deutsche Banarbeiterverband hat soeben seinen Kalender 1916 herausgegeben. Der von August Sinnig bearbeitete Kalender bietet den Verbandsgliedern allgemein-wichtiges, lehrreiches und statistisches Material. Der Preis beträgt 50 M.

1a Terpentin-Ersatz = 1a Firnis-Ersatz
liefern franco so lange Vorrat reicht
Gebrüder Nussbaum,
Bemerkte Offerte gratis! Fulda.

Sterbetafel.
Berlin. (West.) Am 1. Dezember starb der Kollege Louis Köhler, geboren am 20. Januar 1865 zu Gersfeld.
Frankfurt a. M. Am 4. Dezember starb unser langjähriges Mitglied Daniel Birkenfeld im Alter von 64 Jahren.
Mannheim. Am 4. Dezember starb unser treues Mitglied Pius Volk infolge eines Unfalles im Alter von 65 Jahren.
Ehre ihrem Andenken!

Abrechnung vom dritten Quartal 1915.

Einnahme.	
A. der Filialen:	
Beiträge	M. 127 672,70
Eintrittsgelder	709,-
Duplikate	10,-
Protokolle, Kalender, Broschüren	58,40
Extramarken	1 640,-
Sonstige Einnahmen	18,96
B. der Hauptkasse:	
Zinsen	4 782,60
Vom Gehalt der im Hauptbureau Beschäftigten abgegeben	405,55
Von der Thüringischen Versicherungsanstalt	261,66
Sonstige Einnahmen	118,20
Summa	M. 185 678,06
Ausgabe.	
A. der Filialen:	
Arbeitslosenunterstützung	M. 404,-
Krankenunterstützung	24 048,90
Reiseunterstützung	52,50
Sterbeunterstützung	5 185,-
Rechtsschutz	194,20
Familienunterstützung	10,-
Besonderer Zuschuß	7 268,31
Beiträge der Filialangestellten	1 519,01
Gehalt an die Familien der einberufenen Angestellten	3 805,81
Beiträge, Eintrittsgelder und Extramarken der Filialen	28 005,45
Sonstige Ausgaben	847,50
B. der Hauptkasse:	
Agitation und Konferenzen des Vorstandes	164,-
„Vereins-Anzeiger“	5 225,11
Beitrag an die Generalkommission	1 180,80
1200 Jahresberichte 1914	1 491,-
Statistik	17,-
Bibliothek	50,-
Persönliche Verwaltungskosten	6 347,02
Sachliche Verwaltungskosten	1 809,67
Kriegsversicherungen bei der Volksfürsorge	75,-
Kosten der Agitationskommissionen	7 989,21
Uberschuß im dritten Quartal	41 609,27
Summa	M. 185 678,06

S. Wenker, Kassierer.
Revidiert und richtig befunden:
Hamburg, den 8. Dezember 1915.
Otto Streine, W. Mark, Br. Hölte,
Fr. Plaght.

Vereinsteil.

Bekanntmachungen.
In der Wahlkreiseinteilung zur Delegiertenwahl für die nächste Generalversammlung in der letzten Nummer des „Vereins-Anzeiger“ war für die Filiale Frankfurt am Main nur ein Delegierter vorgezogen. Das ist ein Irrtum. Frankfurt hat zwei Delegierte zu wählen. Wir ersuchen unsere Mitglieder, die Frauen der eingezogenen Kollegen darauf aufmerksam zu machen, daß wir in diesem Jahre wieder eine Weihnachtsunterstützung ausgeben. Meldungen müssen sofort bei der Filialverwaltung erfolgen. Die Auszahlung findet allgemein kurz vor Weihnachten, jedoch nicht früher als am 20. Dezember statt. Ferner sei auf vielfache Anfragen darauf aufmerksam gemacht, daß dieses Jahr, beziehungsweise für 1916, kein Malerkalender herausgegeben wurde. Wir beabsichtigen, ihn nach dem Kriege wieder alljährlich erscheinen zu lassen.
Der Verbandsvorstand.

Bericht der Hauptkasse vom 6. bis 11. Dezember.
Material wurde versandt (B = Beitragsmarken, V = Vorklasse): Aachen 200 B à 115 M. Augsburg 100 B à 80. Bielefeld 50 V à 45. Cassel 1200 B à 80, 400 B à 120. Dessau 400 B à 80. Lübeck 400 B à 120. München 1200 B à 85. Steittin 600 B à 80. Spremberg 100 B à 70. Worms 100 B à 120. Würzburg 200 V à 50.

Die Woche vom 19. bis 25. Dezember ist die 51. Beitragswoche. S. Wenker, Kassierer.

Der heutigen Nummer liegt die Nr. 50 des „Correspondenzblattes“ bei.